

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 55 (1976)
Heft: 4

Artikel: Fragen ohne Antwort
Autor: Heeb, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339153>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fragen ohne Antwort

«Die Entwicklung des sozialistischen Sektenwesens und die der wirklichen Arbeiterbewegung stehen stets in umgekehrtem Verhältnis. So lange die Sekten berechtigt sind (historisch), ist die Arbeiterklasse noch unreif zu einer selbständigen geschichtlichen Bewegung. Sobald sie zu dieser Reife gelangt, sind alle Sekten wesentlich reaktionär.» (Karl Marx in einem Brief an Bolte am 29. 11. 1871.)

In der Replik auf die Ausführungen Beat Bürchers (Zur Position der «Linken» in der Sozialdemokratie, im Profil vom Februar 1976) wäre zunächst festzuhalten, dass wesentliche Fragen, die an die Adresse der «Jungen Linken» innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gestellt wurden, nicht beantwortet sind. Es bleibt dabei, dass diese «Linke» bis jetzt vermieden hat, ihre grundsätzlichen politischen Anschauungen darzulegen.

Unbeantwortet blieb die Frage, ob die «Linke» aus der Sozialdemokratie eine Kaderpartei mit einheitlicher «revolutionärer» Doktrin machen will, oder ob sie sie als Partei auch in Zukunft akzeptiert, in welcher mannigfache Strömungen und Anschauungen wirksam sein können, sofern das in demokratischer Auseinandersetzung erarbeitete Programm anerkannt wird. Die Frage ist keineswegs akademisch. Beat Bürcher, der sich in einem Interview durch Leute des «Infrarot», die sich als Zeitschrift der Jungsozialisten bezeichnet, für seine Tätigkeit in der Sozialdemokratischen Partei zu rechtfertigen hätte, erklärte unter anderem wörtlich: «Es gibt verschiedene Gründe für unsere Mitarbeit in der SP, die wir auf alle Fälle nicht für Illusionen halten. Unsere Absicht ist es, einmal in der SP gewisse programmatische Veränderungen durchzusetzen, was immer gleichzeitig auch Aktivität über die Partei hinaus voraussetzt. So wie sie heute ist, kann die SP keine gesellschaftsverändernde Politik machen.» Welche programmatischen Veränderungen Beat Bürcher und seine Freunde erstreben und in welchem Sinne die SP umgestaltet werden soll, damit sie nach der Meinung Beat Bürchers gesellschaftsverändernde Politik machen kann, ist bis jetzt nicht erklärt worden. Hinsichtlich des *Vorgehens* aufschlussreich ist indessen die Antwort Beat Bürchers auf die Frage, die ihm durch den Examinator des «Infrarot» gestellt wurde. Er wurde gefragt: «Wäre es nach diesen Erfahrungen nicht notwendig, zuerst einmal in der Zürcher Partei einen zwar beschränkten, dafür vielleicht aber auch verlässlicheren Sektor parteiinterner Gegenmacht aufzubauen?» Die Antwort Beat Bürchers lautet: «Wir müssen in nächster Zukunft in den Sektionen arbeiten und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Parteisektionen verstärken.»

Ausgewichen wird der Frage, ob die «Linke» sich zur Lehre von der Diktatur des Proletariats bekennt, wonach die Macht von einer revolutio-

nären Avantgarde ergriffen wird, die hierauf in alleiniger Erkenntnis des wahren Volksinteresses ihren Willen zum Gesetz macht, oder ob der Weg zu gesellschaftlicher Veränderung nur mit Zustimmung der Mehrheit des Volkes zu beschreiten ist. Statt dessen polemisiert Beat Bürcher gegen Dinge, die ich nicht behauptet habe. Er unterschiebt, ich verträte die Theorie des automatischen und friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus. Dabei wies ich darauf hin, dass der Kampf um Sozialismus ein Kampf innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft um Reformen, Veränderungen sei, die schliesslich die Schranken der kapitalistischen Gesellschaft überschreiten, und ich schrieb, dass die *Durchsetzung* sozialdemokratischer Postulate grosser Geduld und Hartnäckigkeit bedürfe. Dieser Kampf kann, so wurde weiter gesagt, nicht abseits vom Bewusstsein des Volkes geführt werden. Radikalismus in gelehrte tönenden Worten mag zwar die Eitelkeit der Verkünder befriedigen, «gekämpft» ist damit beileibe nicht.

Es entspricht dem Wesen des Sektierertums, dass als Hauptgegner jene Bewegung angegriffen wird, von der man sich zur Wahrung der Reinheit der Lehre abgrenzt. So werden in den vielen Blättchen der linken Gruppen – eingeschlossen gewisse «Infos» sozialdemokratischer Parteisektionen – die geistreichsten, schärfsten und diffamierendsten Ergüsse gegen Exponenten der Sozialdemokratischen Partei publiziert. Es wird nicht um «Gegenmacht» innerhalb der Sozialdemokratischen Partei «gekämpft», getreu dem unausgesprochenen Axiom, dass das Haupthindernis der Revolutionierung der Massen die Sozialdemokratie ist.

Ein Merkmal sektiererischer Politik innerhalb der Sozialdemokratie ist die anarchistische Praxis in Organisationsfragen. Mit dem angeblich demokratischen Kult der «Basis» soll eine wirksame politische Führung in der Partei verhindert werden – nur bis zu dem Zeitpunkt allerdings, da man selbst an der «Macht» ist. Allen Ernstes wird beispielsweise der demokratisch gewählten Leitung einer Kantonalpartei das Recht abgesprochen, mit einem Mitteilungsblatt ihre Meinungen den Mitgliedern bekanntzugeben.

Schliesslich reproduziert sich heute wieder die Erscheinung, die das Sektenwesen der Arbeiterbewegung immer auszeichnete, der Ruf nach «Einheit». Statt die Einheit der Arbeiterbewegung in den historisch gewachsenen Organisationen verwirklicht zu sehen, wird das Wort zur Zusammenarbeit mit den sektiererischen Gruppen geredet, die sich ihre angeblich revolutionäre Seele nicht mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie beschmutzen wollen. Dabei sollten doch, wenn schon die Erfahrung der zwanziger, dreissiger und vierziger Jahre nicht mehr lebendig ist, die Ereignisse in Chile und Portugal, aber auch die Rolle der Ultraradikalen in der Deutschen Bundesrepublik gelehrt haben, dass die pseudo-revolutionären Sekten der Reaktion in die Hände spielen. Und dem einigermaßen aufmerksamen Beobachter der politischen Szene in Italien und Frankreich sollte es zu denken geben, welche Wandlung durchzuma-

chen die kommunistischen Parteien sich gezwungen sehen, die heute proklamieren, dass der Weg zur sozialistischen Gesellschaft nicht über die Diktatur, sondern nur mit der demokratischen Entscheidung der Mehrheit des Volkes beschritten werden kann.

Das linke Sektenwesen ist, weil die neu zur Arbeiterbewegung gestosenen jungen Intellektuellen besonders anfällig dafür sind, eine Gefahr. Sie muss erkannt und bekämpft werden gerade von jenen, denen die Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterbewegung und ihres Willens zu gesellschaftlichen Veränderungen ein altes Anliegen ist.

Politische Konzeptionen, die von den gegebenen Verhältnissen ausgehen, müssen deshalb noch keine opportunistischen Lösungen sein. Und die Sorge um das Wohl konkreter Menschen ist humaner und fortschrittlicher als das Durchsetzenwollen grossartiger Ideale auf Kosten des Wohles konkreter Menschen. Eine progressive Politik, die Humanität für ein wesentliches Element des Fortschritts hält, wird immer eine Politik des produktiven Kompromisses sein zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll. Wer ausschliessliche und endgültige Lösungen anstrebt und die naheliegenden Dinge sich selbst überlässt, dient dem Rückschritt mehr als der Reaktionär, weil er ihm blind dient.

Gerhard Szczesny in «Das sogenannte Gute»

wegs als Pragmatiker. So erklärt er: «Um den rasch wachsenden Anforderungen zu genügen, bedarf es einer *weitsichtigen Planung*. Der vielgepriesene Pragmatismus mag sich im kleinen bewähren; für die Vorbereitung auf die kommenden Jahrzehnte bildet er nicht die richtige Methode (. . .). Beweglichkeit in der Planung ist Gebot, doch ebenso Klarheit in der Zielsetzung und Festigkeit in der Befolgung der gewählten Marschroute.»

Ein echter Idealist – und ich glaube, um einen solchen handelt es sich bei Tschudi – braucht nicht realitätsblind zu sein, und er wird sich nicht der Kleinarbeit im politischen Alltag entziehen. Im Gegenteil, die Vision einer idealen Gesellschaft verpflichtet ihn, das ihm Mögliche zu tun, um uns in Richtung auf diese bessere Gesellschaft weiterzubringen. Um an ein von Bundesrat Ritschard verwendetes Bild anzuknüpfen: Er wird die Milchstrasse sehen und als bedeutsam erachten, nicht um sie zu pasteurisieren, sondern um eine richtige Milchpreispolitik zu betreiben.

Trotz seinem ausgeprägten Sinn für das politisch Mögliche ist sich Tschudi bewusst, dass zu einem gegebenen Zeitpunkt realisierbare Fortschritte eben nur *Schritte* auf dem Weg zu einer besseren Ordnung sind, nicht schon Ziel. Und obwohl er weiss, wie schwierig es in unserem Staatswesen ist, rasche und durchgreifende Verbesserungen zu erreichen, plädiert er für radikale Veränderungen und verwirft jeden Gedanken an Passivität oder Resignation. Das Argument der begrenzten Möglichkeiten des Kleinstaates etwa lässt er nicht gelten. «Selbstverständlich ist der Einfluss eines Kleinstaates oft nicht sehr erheblich, er kann aber durchaus ins Gewicht fallen. Jedenfalls darf dieser Gesichtspunkt nicht als Entschuldigung für Passivität dienen. Sie könnte nicht als Demut oder Bescheidenheit qualifiziert werden, sondern eher als Feigheit.»

Korrigenda

In Dr. Fritz Heeb's Artikel «Fragen ohne Antwort» («Profil» Nr. 4/76) hat sich auf Seite 100 ein sinnstörender Druckfehler eingeschlichen. Richtig lautet der Satz:

«Es wird nicht um ‚Gegenmacht‘ gegenüber dem Bürgertum, es wird um ‚Gegenmacht‘ innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gekämpft, getreu dem unausgesprochenen Axiom, dass das Haupthindernis der Revolutionierung der Massen die Sozialdemokratie ist.»